

V o r l a g e

zur Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg am 6. Februar 2025

Öffentliche Sitzung:

Zu Nr. 4 der Tagesordnung:

**Information über die erneute Verlängerung
des Optionszeitraums für die Umsatzbe-
steuerung des Zweckverbandes Flugplatz
Bitburg**

Sachverhalt:

Mit Einführung eines neuen § 2b Umsatzsteuergesetz (UstG) mit Wirkung ab 01.01.2016 wurde die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand grundlegend neu geregelt und an europäisches Recht angepasst. Während das bisherige deutsche Umsatzsteuerrecht auf den ertragssteuerlichen Begriff des „Betriebs gewerblicher Art“ (BgA) abstellt, ist das europäische Umsatzsteuerrecht maßgeblich durch das Wettbewerbsrecht geprägt und stellt auf die wirtschaftliche Tätigkeit und deren Auswirkungen auf den Wettbewerb ab. Unzulässig sei es danach, Tätigkeiten der öffentlichen Hand von der Umsatzsteuer zu befreien, wenn dies zu „größeren Wettbewerbsverzerrungen“ führe. Erhebliche Wettbewerbsnachteile privater Unternehmen, die die gleichen Leistungen erbringen können, sollen verhindert werden.

Die Neuregelung in § 2b UstG trat grundsätzlich zum 01.01.2016 in Kraft. Die juristische Person konnte jedoch gegenüber dem Finanzamt einmalig erklären, dass sie die bisherige, alte Umsatzsteuerrechtslage für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwenden will.

Um zu klären, ob die Anwendung der Übergangsregelung nach § 27 Absatz 22 UStG für den Zweckverband Flugplatz Bitburg sinnvoll ist, fand am 21.10.2016 eine Besprechung mit dem Steuerberater des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg, Herrn Ingo Höppner von Heinrichs & Partner, Bitburg statt.

Nach der bisherigen Regelung in § 2 Absatz 3 UStG galt eine juristische Person des öffentlichen Rechts (jPöR) nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art (§ 1 Abs. 1 Nr. 6, § 4 des Körperschaftsteuergesetzes) und ihrer land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe als gewerblich oder beruflich tätig, wurde somit als Unternehmer angesehen und für diese Leistungen umsatzsteuerpflichtig. Der Zweckverband Flugplatz Bitburg war daher bisher für seine Tätigkeiten nicht umsatzsteuerpflichtig.

Herr Höppner ging davon aus, dass der Zweckverband Flugplatz Bitburg auch nach der Regelung des § 2b UStG weiterhin nicht umsatzsteuerpflichtig werden wird. Trotzdem empfahl Herr Höppner dem Zweckverband Flugplatz Bitburg, von der Übergangsregelung nach § 27 Absatz 22 UStG Gebrauch zu machen und dem Finanzamt gegenüber zu erklären, dass das bisher geltende Recht für sämtliche vor dem 1. Januar 2021 ausgeführte Leistungen weiterhin anzuwenden sei.

In der Sitzung der Verbandsversammlung am 06.12.2016 wurde beschlossen, dass die Geschäftsstelle gegenüber dem Finanzamt erklärt, dass die Übergangsregelung nach § 27 Absatz 22 UstG für den Zweckverband Flugplatz Bitburg geltend gemacht wird und das bisher geltende Recht für sämtliche vor dem 1. Januar 2021 ausgeführte Leistungen weiterhin anzuwenden ist.

Primär begründet durch außergewöhnliche Ereignisse wie die Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg wurde diese Frist um weitere vier Jahre verlängert, also bis zum 01.01.2025.


Das Jahressteuergesetz (JStG) 2024 sieht eine erneute Verlängerung um zwei Jahre vor, so dass die Übergangsregelung mit Ablauf des 31.12.2026 endet.

Um die Verlängerung in Anspruch zu nehmen, ist keine erneute Optionserklärung gegenüber dem Finanzamt erforderlich. Die Verlängerung erfolgt automatisch, sofern kein Widerruf von Seiten der Geschäftsstelle erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung nimmt die Verlängerung des Übergangszeitraums zur Anwendung des bisherigen Umsatzsteuerrechtes bis zum 31.12.2026 zur Kenntnis.

Bitburg, 27. Januar 2025
Zweckverband Flugplatz Bitburg


Andreas Kruppert
Verbandsvorsteher